

N i e d e r s c h r i f t

**über die 62. (893.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch, den 10. Februar 2021, 18.30 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal
- unter verkürzter Ladefrist -**

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Ratsherr Sascha Bents
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Olaf Sommer
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitböcker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Sigurd Uecker

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 61. (892.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 26.01.2020

Die Niederschrift über die 61. (892.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 26.01.2020 liegt dem Rat aus Abstimmungsgründen noch nicht unterschrieben vor und wird zur Genehmigung in die nächste Ratssitzung verlegt.

Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Christopher Zörner

Herr Zörner möchte wissen, wenn der Vorschlag der Mehrheitsgruppe heute präsentiert werde, welche Änderungen sich zur ersten Präsentation ergeben haben. Mögliche Änderungen hätte er gerne erläutert.

Uwe Garrels

Herr Garrels verweist auf die verschiedenen Vorlagen und Ergänzungen zur Vorlage VO21-011. Diese würden über verschiedene Inhalte und Beschlüsse verfügen. Er fragt, was heute zur Diskussion stehe. Ihm fehle das Ziel der Vorlage.

Ratsvorsitzender Adelmund antwortet, es gehe darum für Variante 1 die Fragestellungen zur rechtlichen Prüfung zu beschließen. Im Fortgang daran würden die Varianten für eine betriebswirtschaftliche Prüfung ausgesucht. Dies könne erst nach der rechtlichen Prüfung der Variante 1 erfolgen.

Zu Punkt 7: Alternativvorschlag Sanierung KWC und HDI **(s. Vorlage Nr. Ergänzungsvorlage VO21-011c und Ergänzungsvorlage)**

Ratsherr Piekarski erläutert anhand einer Präsentation die Variante der Mehrheitsgruppe des Rates. In dem Zusammenhang verweist er auf die Fragen aus der Einwohnerfragestunde (Herr Zörner) und erklärt die Änderungen gegenüber der ersten Präsentation. Im Grundkonzept gebe es keine Änderungen. Es gehe darum auf dem Dachgeschoss vom Haus der Insel Wohnungen zu errichten und diese zu veräußern. Vorschlag sei es, das Rathaus in das KWC zu verlegen. Büros mit Publikumsverkehr (Touristinformation, Meldeamt/Fundbüro) könnten im Foyer im Haus der Insel platziert werden. Die Ausführung könnte zweigeschossig mit Besprechungsräumen erfolgen, die auch für Tagungen genutzt werden könnten. Er erläutert die Änderungen der Räumlichkeiten für das Schifffahrtsmuseum und die Verlegung des Eingangs, sowie die Planungen für einen Restaurations- und Barbereich. Ratsherr Piekarski berichtet, dass der Vorschlag zunächst bewusst ohne Zahlen belegt sei und die rechtliche Prüfung abgewartet werden soll. Er erläutert die Ziele und Vorteile des Vorschlags der Mehrheitsgruppe. Ratsherr Piekarski bittet die Verwaltung die Präsentation öffentlich mit anzuhängen.

Ratsherr Voß bringt vor, dass er dies für die deutlich schlechteste Variante halte und hier nicht zustimmen werde. Der Umzug des Rathauses koste seiner Meinung etwa 7 Mio. Euro. Es gebe einen neuen besseren Vorschlag, den man mit zur Kenntnis geben sollte.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Bürgerinformationsstunde am 04.02.2021. Hier seien unter anderem der Handlungsdruck für die Kommune und die einzelnen Varianten zur Entwicklung des Kurviertels dargelegt worden.

Kämmerin Baller erläutert anhand einer Präsentation, warum die Gemeinde Langeoog handeln müsse. Die zu erbringenden Leistungen des Tourismus-Service würden jährlich etwa 7 Mio. Euro kosten, welche sich nicht durch Entgelte und Gäste- und Tourismusbeiträge decken lassen. Ca. 6 % (= ca. € 370.000,00) des Aufwandes dürfen bei der Kalkulation der Beiträge nicht berücksichtigt werden. Hinzukommen die freiwilligen Leistungen von etwa € 270.000,00 sowie der geplante laufende Ausgleich der Gemeinde in Höhe von € 200.000,00 an den Tourismus-Service.

Kämmerin Baller erläutert die notwendige jährliche Reduzierung der Kosten des Tourismus-Service um mindestens 2 Mio. Euro. Die Leistungen des Tourismus-Service müssten reduziert und Liegenschaften veräußert werden um die Ausgaben zu senken. Eine energetische Optimierung der Liegenschaften würde ebenfalls Kosten senken. Ziel sei es die verbleibende Infrastruktur zu verbessern. Die verkleinerte Infrastruktur würde die Finanzierungslücke soweit verringern, dass der Gemeindehaushalt diese auffangen könne. Es gehe auch um Qualitätssicherung. Sie verweist auf die Einhaltung des Entschuldungsvertrages. Es müsse jetzt gehandelt werden, sonst würden andere für die Gemeinde Langeoog handeln.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass dem Rat die finanzielle Lage durchaus bewusst sei. Das letzte Interessenbekundungsverfahren sei aufgrund von Druck und Ängsten aus der Bevölkerung abgebrochen worden. Er erläutert den Werdegang für den Vorschlag der Mehrheitsgruppe. Die Idee von ihm komme nicht nur als Ratsherr, sondern auch als Bürger. Details konnten wegen des Zeitfaktors nicht erarbeitet werden. Neu hinzugekommen sei die Idee die erste Etage des alten Kur- und Wellnesscenters zu verkaufen. Mit dem Erlös könnten die Liegenschaften saniert werden. Das Rathaus sei das älteste Gebäude mit dem höchsten Sanierungsbedarf und zudem nicht barrierefrei, daher sei ein Verkauf sinnvoll. Vorteil des Umzuges sei seiner Meinung nach eine Belegung der Gebäude im Kurviertel. Der Vorschlag solle nun rechtlich geprüft werden. Wenn er umsetzbar sei, könne eventuell ein höherer Erlös für die Gemeinde erzielt werden. Es werde jetzt eine gute Zusammenarbeit benötigt. Die verbliebenen Varianten sollen am Ende in einem Bürgervotum vorgestellt werden.

Bürgermeisterin Horn fügt hinzu, dass angedacht werden müsse, welche Ausgaben dauerhaft wegfallen und woher 20 Mio. Euro Investitionsbedarf generiert werden können. Man müsse dem Land Sicherheiten bieten um kreditwürdig zu werden.

Kämmerin Baller erläutert anhand einer Präsentation Möglichkeiten den Investitionsstau zu lösen und die laufenden Kosten zu senken. Sie erklärt den Investitionsbedarf und anschließend die einzelnen vorgeschlagenen Varianten zur Belegung des Kurzentrums.

- Variante A: KWC als Rathaus, Wohnungen auf dem Dach vom KWC und HDI, Verkauf Rathaus
- Variante B: Verkauf KWC und HDI, Bau Bürgerhaus
- Variante C1: Verkauf KWC als Hotel, Wohnungen auf das Dach vom HDI, HDI bleibt im Besitz des Tourismus-Service
- Variante C2: Verkauf KWC als Ferienwohnungen, Wohnungen auf das Dach vom HDI, HDI bleibt im Besitz des Tourismus-Service
- Variante D: Verkauf KWC, HDI, Anbau FEB
- Variante E: Interessenbekundungsverfahren 2018

Stv. Bürgermeister Janssen bittet die aufgearbeitete Variante des Rates mit einzuarbeiten.

Bürgermeisterin Horn bringt vor, es mache deutlich, wie schwierig es werde und definitiv eine Kröte zu schlucken sei. Die Verwaltung habe die Aufgabe kalkulierbare Einnahmen zu generieren um die Erhöhung von Steuern zu verhindern. Der Entschuldungsvertrag sei immer wieder Thema. Sie verweist auf die Notwendigkeit der Ertüchtigung der Liegenschaften für Langeoog als touristische Destination. Als Beispiel nennt sie eine Eventbühne für den Strand, für die es derzeit Fördermittel gebe. Dem Tourismus-Service aber Fördermittel entgehen, weil der Eigenanteil nicht leistbar sei. Auch LED-Leinwände und Infosäulen für die Touristinformation seien in der Förderung enthalten und können nicht auf den Weg gebracht werden, wenn keine Ausnahmegenehmigung erteilt werden könne.

Ratsvorsitzender Adelmund verliert den Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss.

Ratsherr Streitbörger stellt den Antrag, die Variante D (5) aus der Vorlage zu streichen und die verbleibenden Varianten rechtlich zu prüfen.

Ratsherr Piekarski erläutert, warum die Variante D (5) rausgenommen werden soll. Es liege für das neue KWC ein Gutachten für einen rentablen Betrieb vor.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag die Streichung von Varianten bereits enthalte.

Ratsvorsitzender Adelmund verliest den überarbeiteten Beschlussvorschlag.

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

1. die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob den im einzelnen definierten Handlungsalternativen (Variante 1) kommunalrechtliche Bestimmungen entgegenstehen? Wie könnte im Gestaltungswege ein Vorgehen erreicht werden, welches die jeweilige Variante als kommunalrechtlich zulässig zu bewerten erlaubt. Ist es im Hinblick auf Variante der Ratsgruppe insbesondere rechtlich ausgeschlossen, dass die Inselgemeinde auf dem KWC im Dachgeschoss Ferienwohnungen errichtet und diese anschließend auf dem freien Markt verkauft? Dabei sind insbesondere die folgenden Fragestellungen zu klären:

Ist der Bau und die anschließende Vermarktung von hochwertigen Ferienwohnungen im OG und DG des KWC sowie auf dem Dach des HDI

- a) Allein als Gemeinde bzw. über den rechtlich unselbständigen Eigenbetrieb TSL
- b) Allein über eine von der Gemeinde oder dem TSL gegründete Firma in welcher Gesellschafts- oder Rechtsform auch immer
- c) Über eine Beteiligungsfirma, mit und ohne Mehrheit oder möglicher Sperrminorität der Gemeinde bzw. des TSL in welcher Gesellschafts- oder Rechtsform auch immer

möglich,

und

2. die Varianten 5 bzw. D von der weiteren Prüfung auszuschließen und die weiteren Varianten gemeinsam in einem Bürgerdialog (Achtung: sollte aus Gerechtigkeitsgründen nur erfolgen, wenn zumindest ein Audiostreaming erfolgen kann) zu überarbeiten bzw. zu erklären

und

3. die Verwaltung nach Abschluss der Rechtsprüfung mit der Ausschreibung der weiteren Fragen zur technischen und wirtschaftlichen Umsetzbarkeit der verbliebenen Varianten in Abstimmung mit dem Rat zu beauftragen.

Bürgermeisterin Horn erläutert den Beschluss. Es gehe darum bei Variante 1 bzw. A zu prüfen, ob die Inselgemeinde Bauherr sein dürfe und welche Rechtsform möglich sei. Im Anschluss erfolge die wirtschaftliche Prüfung. Außerdem sei zu klären, ob Land und Landkreis zustimmen.

**Zu Punkt 8: Übersicht der Beraterausgaben im Zuge der Entwicklung des Kurviertels 2010 bis 2020
(s. Vorlage Nr. VO21-025)**

Bürgermeisterin Horn erläutert die Übersicht für die bisherigen Ausgaben. Einige Gutachten würden auch in das jetzige Verfahren mit einfließen können.

Der Rat nimmt die Vorlage „Kosten Entwicklung des Kurzentrums“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 9: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

- a. Bürgermeisterin Horn berichtet über eine Videokonferenz der Inselbürgermeister mit dem Gesundheitsministerium zum Thema Impfung über die Hausärzte. Die Inselärzte sollen möglichst bald selber impfen können.
- b. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass sich die niedersächsische Bauordnung im Bezug auf Barrierefreiheit ändern werde.
- c. Bürgermeisterin Horn informiert darüber, dass Fördermittel für den Wegebau nicht neu aufgelegt werden.
- d. Bürgermeisterin Horn verweist auf die Pressemitteilung des Landkreises zur finanziellen Situation und zum Entschuldungsvertrag der Inselgemeinde Langeoog. Die Pressemitteilung soll auf der Gemeindehomepage veröffentlicht werden.
- e. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass in der Ratssitzung am 25.02.2021 Herr Rahmel von der Nationalparkverwaltung über das Biosphärenreservat vortragen wird. Frage sei, ob Langeoog dort eintritt. Die Zertifizierung erfolge über die Unesco in Kooperation mit der Nationalparkbehörde. Die Mitgliedschaft könne jederzeit gekündigt werden.
- f. Bürgermeisterin Horn berichtet zum Thema Seetrassen. Langeoog und Baltrum würden gleichgesetzt und dabei die Süßwasserlinse auf Langeoog nicht berücksichtigt. Die Süßwasserlinse sei existentiell. Die Seetrassen seien geplant als gebe es die Süßwasserlinse nicht. Auch die bisher nicht genutzte Süßwasserlinse im Osten sei betroffen. Trassen in den Bereichen seien ein absolutes „no go“ und es müsste alles unternommen werden dies zu verhindern. Geld für Expertisen müssten in jedem Fall aufgebracht werden. Am Freitag finde auf Einladung der Grünen nochmals ein Informationsveranstaltung für den Rat mit Herr Prof. Kögler statt.
- g. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass das Sportzentrum hinsichtlich Reparaturbedarf begutachtet werde. Zurzeit sei es gesperrt und man hoffe es zur Saison wieder öffnen zu können.

Zu Punkt 10: Anträge und Anfragen

1. Ratsherr Piekarski verweist auf das Thema Streaming und stellt ein von ihm zusammengestelltes Paket vor. Jedes Ratsmitglied erhalte danach ein iPad und Sitzungen könnten online stattfinden. Er erläutert die benötigten Voraussetzungen. Die Ausgabe könnte beispielsweise über Youtube oder eine Verwaltungsplattform erfolgen. Die Kosten habe er gesamt mit € 5.797,00 berechnet. Ratsherr Piekarski überreicht seine Zusammenstellung.

Bürgermeisterin Horn verweist auf das derzeit von der Verwaltung geplante audio-Streaming, bevor gefilmt werde. Die Kosten lägen hier bei ca. € 5.000,00. Die IT-Abteilung der Verwaltung habe von einer Ausgabe über Youtube abgeraten.

Auf den Einwand von Ratsherrn Voß, dass er weiterhin das Papierformat bevorzuge, erklärt Bürgermeisterin Horn, dass dies auf Wunsch des Ratsmitgliedes auch so bleibe.

Ratsherr Kuper verweist in diesem Zusammenhang auf das schon lange geforderte Rats- und Bürgerinformationssystem. Es sollten Synergien mit der IT-Abteilung des Landkreises geschaffen werden.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass der Landkreis das Programm Session nutze. Langeoog aber nicht aufgenommen werden könne, da die Inselgemeinde nicht im IT-Verbund sei. Die Firma MDSI müsse für die LangeoogCard als Dienstleister bei der Schifffahrt erhalten bleiben. Als Bürgerinformationssystem könne eine preiswerte online-Version für € 800,00 angeschafft werden.

Zu Punkt 11: Einwohnerfragestunde

Christopher Zörner

Herr Zörner fragt dem Verständnis nach dem Beschluss zu Punkt 7, ob der Beschluss richtig sei Variante 1 rechtlich zu prüfen. Danach würden vier oder fünf Varianten wirtschaftlich geprüft.

Allgemeiner Vertreter Heimes bejaht dies.

Herr Zörner fragt, ob alle Varianten wirtschaftlich gegenübergestellt werden, wenn die Variante des Rates rechtlich möglich sein sollte.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass die Varianten auch noch verringert werden können.

Claudia Frech

Frau Frech möchte wissen, ob sie es richtig verstanden habe, dass die Entwicklung des Kurviertels ohne Verkauf und ohne zusätzliche Betten nicht umsetzbar sei. Sie möchte wissen, wie viele Betten zu den einzelnen Varianten eingeplant seien.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass dies von der Bebauung abhängt und für eine qualifizierte Aussage berechnet werden müsse. Es sei auch abhängig vom Investor, wann sich was rechnet.

Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass die Variante des Rates mit 100 bis 150 Betten kalkuliert sei. Beim Rathaus sei angedacht die Kubatur zu belassen. Seines Erachtens würden dann bis zu 40 Betten entstehen. Im Zusammenhang mit dem Quartierskonzept seien seinerzeit über die Verwaltung 400 Betten zusätzlich angegeben, wenn alles veräußert werde. Die wirtschaftliche Prüfung werde es zeigen.

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt berichtet, dass er und seine Familie heute den Text von Philipp Uecker gelesen haben und dieser von allen unterschiedlich interpretiert wurde. Er frage sich, ob es mit dem Beschluss genauso gehe. Der Anwalt sage die Variante des Rates sei möglich. Er sehe hier ebenso die Frage der Interpretation und halte es für am einfachsten alle Varianten zu Prüfung an den Landkreis oder das Land zu geben.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass Aussage gegen Aussage stehe und eine rechtliche Prüfung benötigt werde. Es werde eine Expertise benötigt, bevor die Variante des Rates ins Rennen gegeben werden könne. Wenn die Variante rechtlich möglich sei, bringe sie eventuell mehr Erlöse.

Bärbel Kraus

Frau Kraus schließt sich der Frage von Herrn Schmidt an. Sie fragt, was der Rat geprüft haben wolle und worauf bei der wirtschaftlichen Prüfung der Focus gelegt werde.

Stv. Bürgermeister Janssen antwortet, dass die Prüfung benötigt werde um die Varianten vergleichen zu können. Die Detailfragen müssen über Fachleute geklärt werden. Die Kostenseite werde man im Auge behalten. Man gehe davon aus, dass die Kosten einen geringen Prozentsatz gegenüber dem zu erwartenden Erlös betragen.

Uwe Garrels

Herr Garrels bringt vor, dass die Vorschläge für ihn grobe Skizzen seien und die Vorschläge konkretisiert werden müssen. Ihm fehlen die Rahmenbedingungen, die Ziele und die angedachten Erlöse.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass diese noch konkretisiert werden. Für die Raster habe man im Rat diverse Male zusammengesessen. Die Pfeiler seien gesetzt worden und die Rahmenbedingungen des Interessenbekundungsverfahrens neu bewertet und eingeflossen.

Herr Garrels bittet zu bedenken, inwieweit die Gemeinde in Vorleistung treten müsse. Seinerzeit sei ein Interessenbekundungsverfahren gewählt worden, weil die Kommune dann die konkrete Planungsleistung nicht erbringen müsse. Bei einer eigenen Entwicklung müsse eine Ausschreibung erfolgen.

Bürgermeisterin Horn äußert, dass das Verfahren in professionelle Hände gegeben werde. Die Folgeschäden könnten teurer werden als die Beauftragung von Experten. Sie versichert, dass auf die Ausgaben geachtet werde.

Vanessa Schmidt

Frau Schmidt fragt, an welche Kanzlei die rechtliche Prüfung vergeben und auf welcher Grundlage der Kostenrahmen gerechnet werde.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass die rechtliche Prüfung nach Stundensätzen erfolge. Die wirtschaftliche Berechnung gehe nach Auftragsvolumen. Sie erklärt, dass die wirtschaftliche Prüfung ausgeschrieben werden müsse. Über die rechtliche Prüfung entscheide sie.

Christopher Zörner

Herr Zörner fasst für sich zusammen, dass zuerst die rechtliche Prüfung erfolge, dann entschieden werde, welche Varianten wirtschaftlich geprüft werden sollen und diese dem Landkreis und Land vorgestellt werden, wenn die Bürgerbefragung abgeschlossen sei.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass wenn die rechtliche Prüfung abgeschlossen sei und der Rechtsanwalt die Variante der Ratsmehrheit als möglich erkläre, die Kommunalaufsicht die Möglichkeit aber weiterhin verneine, der Punkt komme, dass die Gemeinde dem Land ein Konzept zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Liegenschaften vorlegen müsse. Die Meinungshoheit werde abgefragt, wenn die Varianten auf zwei bis drei Ausführungen runtergebrochen sei.

Claudia Frech

Auf die Frage von Frau Frech, über welchen Zeitrahmen für das weitere Verfahren gesprochen werde, legt Bürgermeisterin Horn dar, dass zur Prüfung Zeit benötigt werde. Die Angebotsabfrage für die wirtschaftliche Prüfung werde mit etwa drei Wochen eingeplant. Sie glaube nicht, dass in diesem Jahr für das Gesamtprojekt eine Entscheidung falle.

Onnen Schreiber

Herr Schreiber verweist auf die für den Tourismus-Service benötigten 20 Mio. Euro. Er fragt, ob die Zahlen ausgearbeitet oder grob geschätzt wurden bzw. ob detaillierte Gutachten vorliegen?

Bürgermeisterin Horn antwortet ja und nein. Es gäbe Erfahrungswerte. Hierzu verweist sie auf das Gutachten für den Umzug des Rathauses in das alte KWC oder die Kosten für ein neues Toilettenhaus. Beim Sportzentrum gehöre der Kommune die Halle aber nicht das Grundstück. Kosten wisse man erst, wenn es in die Detailplanung gehe. Diese erfolge auf realistischen Annahmen.

Herr Schreiber wendet ein, dass weniger verkauft werden müsse, wenn weniger Gelder benötigt würden.

Bürgermeisterin Horn äußert, dass in dem Fall weniger Gelder für Investitionen zur Verfügung stünden. Mehr Erlöse hießen weniger Darlehen.

Andreas Moselage

Herr Moselage bittet um den Sachstand zum Bau der Brücken.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass derzeit die rechtliche Prüfung laufe. Man müsse den rechtlichen Rahmen einhalten. Es werde geprüft, ob die jetzige Firma die Arbeiten ausführen dürfe oder ausgeschrieben werden müsse.

In diesem Zusammenhang teilt Bürgermeisterin Horn mit, dass Mario Barth zum Thema Dreharbeiten vornehme. Sie werde vor Ort eine Stellungnahme abgeben. Die Verwaltung war zu keiner Zeit mit den Berechnungen betraut.

Uwe Garrels

Herr Garrels verweist auf einen Zeitungsartikel vom 09.02.2021, worin aufgeführt werde, die Verwaltung halte eine Alternative zurück.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass dies inzwischen durch die Zeitung richtiggestellt wurde. Es habe sich um die Variante B des Rates gehandelt.

Zu Punkt 12: Schließung der Sitzung

Ende: 20.35 Uhr



Heike Horn
Bürgermeisterin



Katja Heimes
Protokollführerin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender